



FÜR EINE BÜRGERNAHE POLIZEIPOLITIK

UNS GEHT'S UMS GANZE

Foto: Shutterstock Images / Chromorange

Polizeipolitik ist ein Kernbestandteil grüner Innenpolitik. Dabei hat die grüne Bundestagsfraktion stets ein ganzheitliches Leitbild: Wir schauen sowohl auf die Polizei als Organisation als auch auf die Menschen, die bei ihr arbeiten, sowie auf diejenigen, die von Polizeiarbeit direkt betroffen sind. Wir setzen uns für eine personell und technisch gut ausgestattete Polizei ein, die rechtsstaatlich sowie transparent agiert.

Die Polizei steht für das staatliche Gewaltmonopol. Für die Menschen in unserem Land ist sie beim Schutz der Grundrechte und bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit die erste Anlaufstelle. Ihr kommt in vielerlei Hinsicht besondere Verantwortung und Vorbildfunktion zu.

Bürger- und Menschenrechtsbildung, Frauenförderung sowie die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshinter-

grund sind uns sehr wichtig. Zentral ist außerdem Präventionsarbeit, also die Verhütung von Kriminalität als Teil einer effektiven Strategie für innere Sicherheit. Dazu gehört für uns eine Verbesserung des Waffenrechts, damit die Gefahren, die von privatem Waffenbesitz ausgehen, eingedämmt werden. Denn Verfassungsfeind*innen dürfen nicht legal in den Besitz von Waffen kommen und müssen konsequent entwaffnet werden.

Wir stehen für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Fakten gründet und nahe an den tatsächlichen Problemlagen handelt. Wir setzen auf zielgerichtete Polizeiarbeit. Diese schafft tatsächlich mehr Sicherheit, anders als kontraproduktive Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung.



Foto: picture alliance / SZ Photo

NOCH FRAGEN?

20/25

ZUM WEITERLESEN

- [gruene-bundestag.de/innenpolitik](https://www.gruene-bundestag.de/innenpolitik)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN

- 20/6435 Beschleunigung von Disziplinarverfahren (Gesetzentwurf)
- 20/3442 Hinweisgeberschutzgesetz (Gesetzentwurf), dazu:
- 20/4909 Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses und
- 20/6700 Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion
Fachbereich 3: Demokratie und
vielfältige Gesellschaft

Dr. Irene Mihalic MdB,
Erste Parlamentarische
Geschäftsführerin

Marcel Emmerich MdB,
Obmann im Ausschuss für Inneres
und Heimat

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*

GRÜNE ERFOLGE UND VORHABEN

NACHHALTIGE PERSONALPOLITIK

Wir haben erreicht, dass die Polizei von Einsparmaßnahmen im Bundeshaushalt ausgenommen wurde. Es ist wichtig, weiterhin personell gut ausgestattete Polizeibehörden zu haben.

Nun muss die Personalpolitik nachhaltig mit Blick auf die Entwicklung der Bevölkerung fortgeführt und gestaltet werden. Außerdem muss es gute Aus- und Fortbildungskapazitäten geben. Die Arbeitsbedingungen der Polizist*innen müssen optimiert und Überstundenberge abgebaut werden können. Der Beruf muss besser mit Familie und Privatleben vereinbar werden. Die vielen engagierten Polizist*innen haben unsere volle Rückendeckung und Wertschätzung. Das zeigt unter anderem die geplante Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Die Polizei muss zudem die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und andere bislang unterrepräsentierte Gesellschaftsgruppen müssen ganz selbstverständlich dazugehören. Für alle staatlichen Institutionen gilt: Es darf keinen Platz für Vorurteile geben. Die Personalauswahl sollte darauf zielen, die Polizei durch noch mehr interkulturelle Kompetenz, Vielfalt und demokratisches Selbstverständnis weiter zu stärken und ein tatsächliches Spiegelbild der Gesellschaft abzubilden. Das erhöht die Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

POLIZEIBEAUFTRAGTE*IN IM BUND

Überall, wo etwas schief läuft bei Sicherheit und Ordnung, ist die Polizei Ansprechpartnerin. Nur die Polizeibeamt*innen selbst haben oft keine. Dieses Manko wollen wir beheben. Auch deshalb werden wir eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n beim Deutschen Bundestag schaffen.

Nach heutigem Selbstverständnis braucht eine moderne Verwaltung eine externe unabhängige Kontrolle. Die Polizei hat eine besondere Bedeutung im rechtsstaatlichen Gefüge. Darum ist die Aufarbeitung struktureller Mängel, von Fehlern und rechtswidrigem Verhalten besonders wichtig – auch im Sinne einer professionell, effektiv und rechtsstaatlich arbeitenden Behörde.

Deshalb schaffen wir eine Stelle, die Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht.

Sie soll die Möglichkeit bieten, Missstände im Hinblick auf die Arbeit der Polizei mitzuteilen, ohne Sanktionen oder berufliche Nachteile fürchten zu müssen.

MODERNE GRUNDLAGEN FÜR EINE MODERNE POLIZEI

Das Bundespolizeigesetz ist in die Jahre gekommen und bedarf einer Modernisierung. Wir wollen diskriminierenden Polizeikontrollen entgegenwirken und Racial Profiling vorbeugen. Kontrollquittungen, die auf Wunsch bei einer Polizeikontrolle ausgestellt werden können, wären dafür ein wichtiger Schritt. Auch setzen wir uns für grundrechtsschonende Maßnahmen ein. Ziellose Überwachung wie die Quellen-TKÜ wird im neuen Bundespolizeigesetz keinen Platz finden.

Den Periodischen Sicherheitsbericht werden wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Die bisherigen Kriminalstatistiken bilden die tatsächliche Kriminalitätslage nur ungenügend ab, weshalb wir sie durch Dunkelfeldforschung und wissenschaftliche Auswertungen ergänzen werden. Auch wollen wir die Kategorien der Kriminalstatistiken einer wissenschaftlichen Prüfung unterziehen. Damit machen wir uns für eine evidenzbasierte Sicherheitspolitik stark.

KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN VERFASSUNGSFEIND*INNEN

Die große Mehrheit der Polizist*innen steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes, denn wer dem Staat dient, hat eine besondere Verantwortung zum Schutz unserer Demokratie. Leider wurden in den vergangenen Jahren jedoch vermehrt Vorfälle bekannt, die extremistisches und verfassungsfeindliches Gedankengut in den Reihen der Polizei offenbart haben, wie etwa rechtsextreme Chatgruppen. Diese stellen nicht nur eine reale Gefahr für unsere Sicherheit dar, sondern beschädigen auch das Ansehen von Polizist*innen und das Vertrauen der Bürger*innen in die Polizei. Aufgrund der großen Bedeutung der Polizei, ihrem Zugang zu Waffen und geheimen Informationen, wiegen diese Vorfälle besonders schwer. Verfahren ziehen sich hier oft über Jahre hin. Das wollen wir beschleunigen. Wir haben uns daher in der Koalition darauf verständigt, Verfassungsfeind*innen schneller aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen.

